

Vermögensnachfolge

Spiegelberger

4. Auflage 2026
ISBN 978-3-406-82273-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Spiegelberger
Vermögensnachfolge



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vermögensnachfolge

Gestaltung nach Zivil- und Steuerrecht

Herausgegeben von

Dr. Sebastian Spiegelberger

Notar in Rosenheim a. D.

Bearbeitet von

Dr. Hans-Peter Christl, Rechtsanwalt/Steuerberater in Rosenheim; *Dr. Christoph Döbereiner*, Notar in München; *Dr. Ottmar Fleischer*, Notar in Fürth; *Dr. Julian Klinger*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Martin Leiß*, Notar in Rosenheim; *Dr. Rudolf Pauli*, Rechtsanwalt/Steuerberater in Taufkirchen; *Dr. Ulrich Schmitz*, Notar in Zweibrücken; *Dr. Sebastian Spiegelberger*, Notar in Rosenheim a. D.; *Dr. Eckhard Wälzholz*, Notar in Füssen

4. Auflage 2026

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H. BECK

Zitiervorschlag: Spiegelberger Vermögensnachfolge/Bearbeiter § . . . Rn. . . .

Die Formulierungsvorschläge stehen zum Download bereit unter
https://www.beck-shop.de/media/2ufnonhu/spiegelberger_aufl_4.zip


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 82273 5

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

info@beck.de

Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,

Am Fliiegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Umschlag: Martina Busch,

Grafikdesign, Homburg Saar

chbeck.de/nachhaltig

produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Das letzte Wort spricht immer
der konkrete Fall.
Er ist der größte, wenn auch
nicht der einzige Lehrmeister.
Leo Raape JW 1926, 799

Vorwort zur 4. Auflage

Der altdeutsche Grundsatz „**Man zieht sich erst aus, wenn man sich hinlegt.**“ beschreibt prägnant die früher verbreitete Haltung zur Vermögensnachfolge, wonach Dispositionen regelmäßig erst mit dem Tod erfolgten.

Aus heutiger steuerlicher und wirtschaftlicher Sicht ist diese Denkweise überholt. Das zentrale Gestaltungselement ist heute die **vorweggenommene Erbfolge im Zehn-Jahres-Zyklus**, um die persönlichen Freibeträge nach § 16 ErbStG regelmäßig auszuschöpfen. Dies gilt für die Kinder, die Enkelkinder und auch für den Ehegatten. Vertragliche Rücktritts- und Widerrufsrechte ermöglichen dabei eine flexible Reaktion auf familiäre oder wirtschaftliche Veränderungen, ohne ungewollte steuerliche Folgen auszulösen oder den Übertragenden wirtschaftlich zu gefährden.

Die Nachfolgeberatung sollte bereits frühzeitig beginnen, bei verheirateten Personen idealerweise bereits mit **Eheschließung** bzw. mit **Geburt des ersten Kindes**. So können oft noch mehrere der Zehn-Jahres-Zeiträume genutzt werden, um die Vermögensnachfolge möglichst steuerneutral zu regeln.

Eine ausgewogene Gestaltung wird im Allgemeinen nur erreicht, wenn sowohl das **Zivil- als auch das Steuerrecht** in der gegenseitigen engen Verzahnung Berücksichtigung finden. Ein besonderes Anliegen dieses Werkes ist es daher, auf die Interdependenz von Zivil- und Steuerrecht hinzuweisen. Mit den dargelegten Gestaltungsmöglichkeiten, die aus dem notariellen Alltag hervorgegangen sind, werden kautelarjuristisch erprobte Regelungen aufgezeigt. Die Darstellung orientiert sich an der Praxisrelevanz. Das Bestreben ist es, dem Leser neben der Problemdarstellung stets auch einen entsprechenden **Formulierungsvorschlag** anzubieten. Von Praktikerinnen und Praktikern wird nicht nur die Beherrschung der Vertragstechnik, sondern vielmehr oft auch eine umfassende Gestaltungsberatung erwartet. Somit müssen die spezifischen zivil- und steuerrechtlichen Vorteile und Risiken, die Auswahlkriterien und die typische Interessenlage für die jeweilige Fallgestaltung analysiert werden.

Für Hinweise und Anregungen sind der Herausgeber und die Mitautoren stets dankbar.

Rosenheim, Mai 2026

Dr. Sebastian Spiegelberger

Vorwort zur 1. Auflage

Während das BGB für die Rechtsfolgen des Erbfalls über 460 Paragraphen bereithält, fehlt für die vorweggenommene Erbfolge eine zusammenhängende gesetzliche Regelung. Dennoch erfolgt der Vermögensübergang meist nicht durch den Erbfall, sondern aufgrund vorsorgender Planung durch vertragliche Vereinbarung im Wege der vorweggenommenen Erbfolge, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten, ein Höchstmaß an individueller Regelung zu ermöglichen und die Steuerbelastung des Nachfolgers zu minimieren.

Eine ausgewogene Gestaltung wird im allgemeinen nur erreicht, wenn sowohl das Zivil- als auch das Steuerrecht in der gegenseitigen engen Verzahnung Berücksichtigung finden. Ein besonderes Anliegen dieses Werkes ist es daher, auf die Interdependenz von Zivil- und Steuerrecht hinzuweisen. Mit den dargelegten Gestaltungsmöglichkeiten, die aus dem notariellen Alltag hervorgegangen sind, werden kautelarjuristisch erprobte Regelungen aufgezeigt. Die Darstellung orientiert sich an der Praxisrelevanz. Mein Bestreben war es, dem Leser außer der Problemdarstellung auch einen Formulierungsvorschlag anzubieten. Von dem Notar, Rechtsanwalt, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer wird nicht nur die Beherrschung der Vertragstechnik, sondern vielmehr eine Gestaltungsberatung erwartet. Somit müssen die spezifischen zivil- und steuerrechtlichen Vorteile und Risiken, die Auswahlkriterien und die typische Interessenlage für die jeweilige Fallgestaltung analysiert werden.

Das vorliegende Werk ist eine zusammenfassende Darstellung der vorweggenommenen Erbfolge und Erbaueinandersetzung unter Berücksichtigung der BMF-Schreiben vom 11.1.1993 (BStBl. 1993 I S. 62 und S. 80). Vertraute Vertragsmuster sind steuerschädlich geworden, neue Gestaltungsprinzipien treten in den Vordergrund. Die BMF-Schreiben wurden kommentiert, die eingetretenen Verschärfungen kritisch untersucht und, soweit durch Rechtsprechung und Literatur nicht gesichert, in Frage gestellt. Die Rechtsentwicklung ist keinesfalls abgeschlossen.

Für Hinweise und Anregungen bin ich allen Benutzern dieses Buches stets dankbar.

Rosenheim, im Januar 1994

Sebastian Spiegelberger

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXXV

Erster Teil. Übertragungen auf Abkömmlinge

§ 1 Der Vertragstyp der vorweggenommenen Erbfolge.....	1
§ 2 Steuerrecht der Vorwegerbfolge	67
§ 3 Frühzeitige Vorsorgemaßnahmen	111
§ 4 Nießbrauchsgestaltungen.....	148
§ 5 Wohnungsrecht und Leibgeding	187
§ 6 Überlassung mit wiederkehrenden Bezügen	229
§ 7 Sukzessiverwerb und Kettenschenkung.....	244
§ 8 Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Todesfall.....	257
§ 9 Erbrechtliche Rechtsgeschäfte und Verfügungen	270
§ 10 Entgeltliche und teilentgeltliche Rechtsgeschäfte.....	282

Zweiter Teil. Vermögensverwaltende Personengesellschaften

§ 11 Gesellschaft bürgerlichen Rechts	315
§ 12 Vermögensverwaltende Familien-Kommanditgesellschaft.....	370
§ 13 Vermögensverwaltende GmbH & Co. KG.....	407
§ 14 Sparschwein-GmbH.....	435

Dritter Teil. Sonstiger unentgeltlicher Erwerb

§ 15 Erbauseinandersetzung	459
§ 16 Erwerb vom Ehegatten.....	491
§ 17 Die Europäischen Güterrechtsverordnungen (EuGüVO und EuPartVO)	513
§ 18 Die Europäische Erbrechtsverordnung (EuErbVO)	534
§ 19 Stiftung als Instrument der Vermögensnachfolge	561

Stichwortverzeichnis	605
----------------------------	-----



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil. Übertragungen auf Abkömmlinge

§ 1 Der Vertragstyp der vorweggenommenen Erbfolge

A. Dogmatik	4
I. Rechtsgeschichtliche Betrachtung	5
II. Definitionsversuche	7
III. Sonstige Übertragungsvarianten	9
1. Reine Schenkung	9
2. Auflagenschenkungen	9
3. Gemischte Schenkung	10
4. Altenteilsvertrag gem. Art. 96 EGBGB	10
IV. Merkmale der vorweggenommenen Erbfolge	11
1. Entgeltfremdheit	11
2. Gesetzliches Erbrecht als Abkömmling oder Geschwisterkind	12
3. Existenzsichernde Wirtschaftseinheit	12
4. Familienrechtlicher Versorgungsvertrag	13
5. Dauerschuldverhältnis	13
6. Widerrufs- und Rückforderungsrechte	14
a) Gesetzliche Widerrufsrechte	14
b) Vertragliche Rückforderungsrechte	14
7. Vorweggenommene Erbfolge kein Verkehrsgeschäft	15
V. Pflichtteil und Erbsausegleichung	15
1. Pflichtteilsergänzung	15
2. Erbsausegleichung gem. § 2050 BGB	16
VI. Leistungsstörungen	16
1. Altenteilsverträge gem. Art. 96 EGBGB	16
2. Anwendung von Kaufvertragsrecht?	17
3. Anwendung erbrechtlicher Vorschriften?	18
4. Schenkungsrecht	19
a) Abzug von Belastungen	19
b) Saldierung	20
c) Entreicherung	21
d) Kritik	21
5. Rechtsfolgen bei Typenverschmelzungsverträgen	21
6. Zweckverfehlung	22
7. Wegfall der Geschäftsgrundlage	22
8. Positive Vertragsverletzung	23
9. Zusammenfassung	23
VII. Definition der vorweggenommenen Erbfolge	24
1. Dogmatische Einordnung	24
2. Vertragstypenlehre	25
3. Der Vertragstyp der Vorwegerbfolge	26
4. Vorteile der Vorwegerbfolge	26
B. Grundzüge des Überlassungsvertrags	26
I. Vertragsgegenstand	27
1. Frei übertragbares Vermögen	27
a) Immobilien	27
b) Bewegliche Gegenstände	27
c) Kapitalanlagen	27
d) Urheberrechte	27
e) Betriebsübertragung	28
f) Lebensversicherungen	28

Inhaltsverzeichnis

2. Rechtlich gebundenes Vermögen	28
a) Gesellschaftsanteile	28
b) Nacherbschaftsgebundene Vermögensgegenstände	29
c) Durch Erbvertrag gebundenes Vermögen	30
d) Betreuungsüberwachtes Vermögen	31
3. Zuwendungsverbot gem. § 14 HeimG	32
4. Einräumung von Nutzungsrechten	33
a) Zuwendungsnießbrauch	33
b) Obligatorische Nutzungsrechte	33
II. Volljährige Abkömmlinge	33
III. Minderjährige beim Immobilienerwerb	34
1. Lediglich rechtlicher Vorteil	34
2. Vertretungsausschluss	35
a) Nichtvermietete und nichtverpachtete Grundstücke	35
b) Vermieteter und verpachteter Grundbesitz	36
c) Kostentragung	36
d) Öffentliche Lasten	37
e) Dingliche Haftung	37
f) Pflichtteilsanrechnung	37
g) Widerruf und Rückforderungsrechte	37
h) Wohnungs- und Teileigentum	38
i) Kritik	38
3. Auswahl des Ergänzungspflegers	39
4. Familiengerichtliche Genehmigung	40
a) Erwerb von Grundstücken	41
b) Wohnungseigentum	41
c) Rückforderungsrecht	42
5. Annahme von Vermächtnissen	42
6. Beteiligung Minderjähriger an Gesellschaften	43
a) Erwerbsgeschäft	43
b) Kommanditgesellschaft	43
c) GmbH-Geschäftsanteil	44
d) Aktien und Wertpapiere	45
7. Bekanntgabe der familiengerichtlichen Genehmigung	45
8. Gebrauchmachen der familiengerichtlichen Genehmigung	45
IV. Übernahme von Belastungen	46
1. Dingliche Haftung	46
2. Schuldübernahme	46
3. Abstandszahlungen und Geschwistergleichstellungsgelder	47
V. Versorgung des Übergebers	47
VI. Pflichtteil und Erbausgleichung	47
1. Pflichtteilsanrechnung	48
a) Rechtliche Bedeutung	48
b) Rechtsfolgen	48
c) Ausschluss der Pflichtteilsanrechnung	49
2. Erbausgleichung	49
a) Gesetzliche Ausgleichspflicht gem. § 2050 BGB	49
b) Ausgleichung von Ausstattungen	49
c) Zuschüsse und Berufsausbildungsaufwendungen	49
d) Andere Zuwendungen	50
e) Ausgleichsregelung durch den Übergeber	50
f) Gesetzliche Ausgleichung der vorweggenommenen Erbfolge?	50
3. Erb- oder Pflichtteilsverzicht	52
4. Pflichtteilsanrechnung und Erbausgleichung als Typusmerkmale	52
VII. Vertragliche Rückforderungsrechte	52
1. Die Risiken der Vorweigerbfolge	52
2. Sicherungskonzeptionen	53
a) Auflösend bedingte Schenkung	53
b) Angebot auf Rückübertragung	53

Inhaltsverzeichnis

c) Außerordentliche Kündigung und Ausschließung bei Personengesellschaftsverträgen	54
d) Vertragliches eigenständiges Rückforderungsrecht	55
e) Rücktrittsrecht gem. §§ 346 ff. BGB	55
f) Herausgabeanspruch gem. §§ 812 ff. BGB	55
g) Vertragsgestaltung	56
h) Rückübertragungsvollmacht	56
3. Einzelne Rücktrittsgründe	56
a) Veräußerung und Belastung des Schenkungsgegenstands durch den Erwerber	56
b) Vorversterben des Erwerbers	57
c) Insolvenz des Erwerbers	57
d) Wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Erwerbers	58
e) Getrenntleben, Scheidung oder Vereinbarung der Gütergemeinschaft	58
f) Anfall von Schenkungsteuer	59
g) Freies Widerrufsrecht	60
4. Zeitliche Begrenzung des Rückforderungsrechts	61
a) Präklusion von Rücktrittsgründen?	61
b) Familiengut	61
c) Zeitliche Grenzen für Verfügungsunterlassungsverträge	62
d) Befristung der Ausübungserklärung?	62
5. Eintragung der Rückauffassungsvormerkung im Grundbuch	63
a) Mehrere Vormerkungsberechtigte	63
b) Löschungserleichterung	63
c) Heilung nicht beurkundeter Rückübertragungsverpflichtungen	64
VIII. Sozialhilferecht	64
1. Regress sozialstaatlicher Hilfe gem. SGB II	64
2. Sozialhilfeleistungen nach SGB XII	64
3. Sozialhilfe für Behinderte: Bundesteilhabegesetz	64
4. Sozialrechtlicher Regress nach SGB XII	65
5. Familienwohnheim als Schonvermögen	66
6. Wegzugsklauseln	66

§ 2 Steuerrecht der Vorwegerbfolge

A. Überblick	69
I. Praxis der Vorwegerbfolge	69
II. Erbschaftsteuer	69
III. Entwicklung der Einkommensteuer	71
1. Rechtsentwicklung seit 1896	71
2. Nießbrauchsrechtsprechung des BFH	72
3. Wegfall der Einheitswerte	72
4. Jahressteuergesetz 2008	72
5. Einkommensteuerliche Grundlagen	73
a) Betriebliche Einkunftsarten	73
b) Kapitalvermögen	73
c) Sonstige Einkünfte	73
d) Vorwegerbfolge	73
6. Haftungsrechtsprechung	73
B. Einkommensteuer	74
I. Einkommensteuerliche Ziele	74
1. Verlagerung von Einkunftsquellen	74
2. Nutzung von Freibeträgen	75
3. Progressionsminderung	75
4. AfA-Erhöhung	75
5. Erhöhung des Schuldzinsenabzugs	75
6. Steuerfreies Anwachsen stiller Reserven	75
7. Sonderausgabenabzug	76
8. Vermeidung eines gewerblichen Grundstückshandels	76

Inhaltsverzeichnis

9. Schenkungsteuerliche Vorteile	76
II. Einkommensteuerliche Systematik	76
1. Dogmatische Einordnung	77
2. Die private Versorgungsrente	77
3. Verlustabzug gem. § 10d EStG	78
4. Verrechenbare Verluste gem. § 15a Abs. 2 EStG	79
5. Außergewöhnliche Belastungen	79
III. Mehrere Leistungsempfänger	79
C. Erbschaft- und Schenkungsteuer	80
I. Schenkungsteuerliche Ziele	81
1. Ausschöpfung der Freibeträge im Zehn-Jahres-Turnus	81
2. Verminderung der Bemessungsgrundlage durch Gegenleistungen	81
3. Progressionsminderung durch mehrere Schenkungsfälle	81
4. Steuersaldierung von Negativ- mit Positivschenkungen	81
5. Mittelbare Grundstückschenkung	82
6. Generationensprung	82
7. Schenkung von Betriebsvermögen gem. §§ 13a und 13b ErbStG	82
8. Steuerfreie Rückabwicklung	82
II. Wichtige Grundlagen des ErbStG	83
1. Steuersätze	83
a) Steuersätze	83
b) Erwachsenenadoption	83
2. Freibeträge	83
3. Wiederkehrende Nutzungen und Leistungen	84
a) Bewertungsgesetz	84
b) Abziehbarkeit von Nutzungsrechten	85
III. Grundstücksbewertung	85
1. Unbebaute Grundstücke	86
2. Bebaute Grundstücke	86
a) Vergleichswertverfahren	86
b) Ertragswertverfahren	86
c) Sachwertverfahren	87
d) Bewertung von Erbbaurechten	89
IV. Verschonungsregelungen für Betriebsvermögen gem. §§ 13a, 13b, 13c iVm 19a, 28a ErbStG	91
1. Überblick	91
2. Verwaltungsvermögen	92
a) Unschädliche Nutzungsüberlassungen	92
b) Anteile an Kapitalgesellschaften bis zu 25 %	93
c) Einbringung von Minikapitalgesellschaftsanteilen in eine gewerblich ge- prägte Personengesellschaft?	95
d) Das Wohnungsunternehmen	95
3. Schulden und Lasten	96
4. Berücksichtigung von Teilungsanordnungen	96
5. Gleitender Abzugsbetrag	97
6. Behaltenskontrolle gem. § 13a Abs. 6 ErbStG	98
a) Erbschaftsteuernacherhebung	98
b) Anteilige Nacherhebung	98
c) Reinvestition	98
7. Partielle Verringerung der Doppelbelastung mit ESt und ErbSt	99
V. Auslandssachverhalte	99
1. Unbeschränkte Steuerpflicht gem. § 2 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG	99
a) Wohnsitz und Aufenthaltsort	99
b) Vermeidung der Doppelbesteuerung	100
2. Beschränkte Steuerpflicht gem. § 2 Abs. 1 Nr. 3 ErbStG	100
3. Erweiterte beschränkte Steuerpflicht gem. § 4 AStG	101
D. Grunderwerbsteuer	101
I. Abgrenzung von der Schenkungsteuer	102

II. Gegenleistungen und Auflagen	103
1. Nießbrauch	103
2. Leibrenten	103
III. Entstehung der Steuerschuld	104
IV. Nacherhebung von Grunderwerbsteuer	104
V. Anzeigepflichten	105
VI. Reformüberlegungen	105
E. Umsatzsteuer	105
I. Umsatzsteuerbefreiung	105
1. Umsatzsteuerbefreiungen bei Vermietung und Verpachtung	105
2. Befreiung von Umsätzen, die unter das Grunderwerbsteuergesetz fallen	106
II. Option	106
1. Steuerpflicht	107
2. Option zur Umsatzsteuerpflicht	107
III. Vorsteuerberichtigung	107
IV. Grundstücksübertragung unter Vorbehaltsnießbrauch	108
V. Zuwendungsnießbrauch	108
VI. Vorwegerbfolge mit Verpachtung	109
VII. Musterklausel für eine vorsorgliche Option	109
 § 3 Frühzeitige Vorsorgemaßnahmen 	
A. Vorsorgevollmacht mit Betreuungsregelung und Patientenverfügung	113
I. Generalvollmacht	113
1. Vollmachtsumfang	113
2. Post- und transmortale Vollmacht	114
3. Formfragen	116
4. Missbrauchsverhinderung	116
II. Vorsorgevollmacht	117
III. Betreuungsregelung	117
IV. Patientenverfügung	118
1. Gesetzliche Regelung	118
2. BGH-Rechtsprechung	119
3. Praxisprobleme	119
4. Zeitliche Komponente	120
V. Formulierungsvorschlag	120
B. Frühzeitiges Testament	123
I. Erbfolge	123
1. Testamenterrichtung	123
a) Kinderlose Ehepaare	124
b) Ehepaare mit Kindern	124
2. Vermeidung einer Erbengemeinschaft	124
3. Vermögensverwaltende Immobilien-KG	124
II. Kinderloses Ehepaar	124
1. Interessenlage	124
2. Gemeinschaftliches Testament	125
3. Formulierungsvorschlag	125
4. Anmerkungen	125
a) Form	125
b) Vermeidung einer Erbengemeinschaft	125
c) Bindungswirkung	126
III. Vor- und Nacherbschaft	126
1. Gesetzliche Regelung	126
2. Gestaltungshinweis	126
3. Supervermächtnis	126
4. Vorerbschaft zur Haftungsbegrenzung	127
IV. Berliner Testament	127
1. Interessenlage	127

Inhaltsverzeichnis

2. Gesetzliche Regelung	128
3. Erbvertrag statt gemeinschaftliches Testament	128
4. Steuerliche Beurteilung	128
5. Optionen beim Berliner Testament bei Ausschlagung	129
6. Gestaltungsvorschlag	129
7. Anmerkungen	132
a) Sicherung	132
b) Form	132
c) Testamentsvollstreckung	132
d) Rücktritt	132
e) Pflichtteil	133
V. Württembergisches Testament	133
1. Wirtschaftliches Eigentum	133
2. Erbschaftsteuervorteile	133
VI. Patchwork-Familie	133
C. Ausstattung	134
I. Gesetzliche Regelung	134
II. Rechtsnatur	135
III. Abgrenzung zur Schenkung	136
IV. Ausgleichung gem. § 2050 BGB	136
V. Pflichtteilergänzung	137
VI. Gläubigeranfechtung	137
VII. Formulierungsvorschlag: Ausstattung	137
VIII. Erläuterungen	139
1. Ausstattung statt Vorwegerbfolge	139
2. Beleihung	139
3. Ausweichgestaltungen	139
4. Auflassungsvormerkung	140
5. Erschließungskosten	140
6. Zugang und Zufahrt, Versorgungsdienstbarkeiten	140
7. Pflichtteilsanrechnung, Erbsausgleichung	140
8. Kein Widerrufsrecht, Zweckverfehlung	140
9. Schenkungsteuer	141
10. Grunderwerbsteuer	141
D. Adoption	141
I. Minderjährigenadoption	141
II. Erwachsenenadoption	141
1. Anwendungsbereich	142
2. Gesetzliche Regelung	142
3. Namensgebung	142
4. Unterhaltsverpflichtung	143
5. Pflichtteil	143
6. Aktuelle Rechtsprechung	143
a) OLG Nürnberg	143
b) Verhältnis zu den eigenen Eltern	144
7. Formulierungsvorschlag eines Adoptionsantrags	145
§ 4 Nießbrauchsgestaltungen	
A. Überblick	149
I. Rechtsnatur	150
1. Rechtsgeschichtliche Betrachtung	150
2. Gesetzliche Regelung im BGB	151
a) Vermögensgegenstände	151
b) Nießbrauch an Sachen	151
c) Nießbrauch an Rechten, Wertpapierdepot	151
d) Nießbrauch am Vermögen im Ganzen	151
3. Sonderfälle	152

II. Nießbrauchsvarianten	152
1. Nettonießbrauch	152
2. Bruttonießbrauch	152
3. Bruchteilnießbrauch	152
4. Quotennießbrauch	153
5. Vorbehaltsnießbrauch	153
a) Dispositionsnießbrauch	153
b) Eigentümersnießbrauch	153
6. Zuwendungsnießbrauch	153
7. Vermächtnisnießbrauch	154
8. Unternehmens- und Nachlassnießbrauch	154
9. Sicherungsnießbrauch	154
10. Schuldrechtlicher Nießbrauch	154
11. Ertragsnießbrauch	155
III. Einkommensteuer	155
IV. Umsatzsteuer	157
V. Grunderwerbsteuer	157
B. Vorbehaltsnießbrauch an Immobilien	157
I. Belastungsgegenstand	157
II. Kausalgeschäft, dingliches Rechtsgeschäft, Modifizierung	158
III. Wohnungseigentum	159
IV. Mehrere Nießbrauchsberechtigte	159
V. Minderjährige	160
VI. Zwangsvollstreckungsschutz, Insolvenz	161
VII. Entstehung	162
VIII. Rückabwicklung	162
IX. Pflichtteilkürzung und Pflichtteilergänzung, Zugewinn	163
1. Pflichtteilkürzung	163
2. Pflichtteilergänzung	164
3. Gestaltungsempfehlung	165
4. Zugewinnausgleich	166
X. Einkommensteuer	166
1. Vorbehaltsnießbrauch	166
2. Mehrere Nießbrauchsberechtigte	167
3. Nießbrauch und Betriebsaufspaltung/Gewerbebetrieb	167
XI. Schenkungsteuer	168
1. Vollzug	168
2. Abzug	168
3. Schenkung eines Nießbrauchsrechts	169
4. Wegfall Stundung	170
XII. Vertragsgestaltung	171
1. Beratungssituation	171
2. Formulierungsbeispiel: Vorbehaltsnießbrauch	171
3. Erläuterungen	174
a) Schuldübernahme	174
b) Ausgleichspflicht und Pflichtteilsanrechnung	175
c) Rückforderungs-/trtrittsrecht	176
XIII. Checkliste: Dinglicher Vorbehaltsnießbrauch bei vorweggenommener Erbfolge ...	176
1. Zivilrecht	176
2. Einkommensteuer	176
3. Bewertung	176
4. Schenkungsteuer	177
5. Grunderwerbsteuer	177
C. Zuwendungsnießbrauch an Immobilien	177
I. Zivilrecht	177
1. Zuwendungsnießbrauch	177
2. Grundbucheintragung	177

Inhaltsverzeichnis

3. Pfändung des Nießbrauchs	177
4. Minderjährige	178
a) Vertretung	178
b) Familiengerichtliche Genehmigung	178
II. Einkommensteuer	178
1. Steuerliche Anerkennung	178
2. Entgeltlicher und unentgeltlicher Zuwendungsnißbrauch	179
a) Entgeltlicher Nießbrauch	179
b) Unentgeltlich bestellter Nießbrauch	179
III. Schenkungsteuer	180
1. Steuerpflicht	180
2. Bewertung	180
3. Verzicht	181
4. Anzeigepflicht	181
V. Formulierungsbeispiel: Zuwendungsnißbrauch	181
1. Erläuterungen	181
a) Verlagerung aller Werbungskosten auf den Nießbraucher	181
b) Familiengerichtliche Genehmigung	182
D. Nießbrauchsablösung	182
I. Zivilrecht	182
II. Einkommensteuer	182
1. Ablösung durch wiederkehrende Leistungen	182
2. Ablösung durch Einmalzahlung	183
3. Surrogation	183
III. Schenkungsteuer	184
1. Verzicht	184
2. Surrogation	184
IV. Formulierungsbeispiel: Nießbrauchsablösung	185
§ 5 Wohnungsrecht und Leibgeding	
A. Altenteilsvertrag	188
I. Hofübergabe und Wohnhausübertragung	189
1. Landwirtschaftliche Übergaben	189
2. Städtische Wohnhausübertragung	190
II. Dualistischer Leibgedingsbegriff	190
B. Überlassungsvertrag mit Leibgeding	190
I. Wohnungsrecht	190
1. Begriff	190
2. Belastungsgegenstand	191
3. Abgrenzung zum Mietvertrag und Nießbrauch, entgeltliche Wohnungsrechte	191
a) Abgrenzung	191
b) Gegenleistung	192
c) Kosten und Lasten, Nießbrauch	192
4. Mitbenutzungsrechte	193
5. Nebenkosten	193
6. Pflichtteilergänzungsansprüche	194
a) Literaturmeinungen	194
b) Rechtsprechung	194
c) Kritik	195
7. Grundbucheintragung	196
a) Beschränkte persönliche Dienstbarkeit	196
b) Mehrere Berechtigte, Bedingung, Eigentümer als Berechtigter	196
8. Auszug des Wohnungsberechtigten	197
a) Vertragsauslegung	197
b) Wegzugsklausel	198
9. Zwangsvollstreckung	199

Inhaltsverzeichnis

a) Pfändung des Wohnungsrechtes	199
b) Versteigerung des belasteten Grundstücks	200
c) Zwangsversteigerungsprivileg des § 9 EGZVG	200
10. Wohnungsreallast	200
11. Rücktritt	201
II. Wart und Pflege, Verköstigung	201
1. Gesetzliche Unterhaltungsverpflichtung	201
2. Leistungsumfang	202
3. Leistungsort	204
4. Pflegegeld	204
5. Rücktritt wegen Verstoßes gegen Pflegeverpflichtung, Wegfall der Geschäftsgrundlage	204
III. Sozialhilferecht	205
1. Erlöschen der Leibgedingsverpflichtung	205
2. Sozialrechtlicher Regress	205
a) Überleitung der Rückgewähransprüche gem. § 528 BGB iVm § 93 SGB XII	205
b) Überleitung von Unterhaltsansprüchen	206
IV. Urkundengestaltung	208
1. Formulierungsbeispiel: Überlassung mit Leibgeding	208
2. Anmerkungen zum Überlassungsvertrag	211
a) Einkommensteuer	211
b) Schenkungsteuer	214
c) Grunderwerbsteuer	214
V. Checkliste: Übergabe mit Leibgeding	215
1. Zivilrecht	215
2. Einkommensteuer	215
3. Schenkungsteuer	215
4. Grunderwerbsteuer	215
VI. Wohnungsrechtsablösung	215
C. Dauerwohnrecht	216
I. Anwendungsbereich des Dauerwohnrechts	216
1. Das Dauerwohnrecht als übertragbares und vererbliches Nutzungsrecht	216
2. Mietähnliche und eigentumsähnliche Dauerwohnrechte	217
3. Dauerwohnrechtsbestellung wegen baurechtlicher Beschränkungen	218
4. Teilzeit-Wohnrechteverträge	218
II. Vertragsgestaltung	219
III. Formulierungsvorschlag für eigentumsähnliches Dauerwohnrecht	219
IV. Bewertungsrecht	222
1. Dauerwohnrecht	222
a) Mietähnliche Dauerwohnrechte	222
b) Eigentumsähnliche Dauerwohnrechte	223
2. Dauernutzungsrecht	224
V. Einkommensteuer	225
1. Mietähnliches Dauerwohn- und -nutzungsrecht im Privatvermögen	225
a) Bestellung	225
b) Nutzungswertzurechnung	225
2. Eigentumsähnliches Dauerwohn- und -nutzungsrecht	225
a) Abgrenzung	225
b) Eigennutzung zu Wohnzwecken	225
c) Vermietung	226
d) Dauernutzungsrechte	226
3. Veräußerung eines Dauerwohnrechts	226
4. Grundstücke im Betriebsvermögen	226
VI. Grundsteuer	226
VII. Grunderwerbsteuer	226
VIII. Umsatzsteuer	227
IX. Schenkung- und Erbschaftsteuer	227

Inhaltsverzeichnis

1. Mietähnliches Dauerwohn- und -nutzungsrecht	227
a) Zuwendungsnutzungsrecht	227
b) Vorbehaltsnutzungsrecht	227
2. Eigentumsähnliches Dauerwohnrecht	227
D. Zuwendungswohnungsrecht	228
§ 6 Überlassung mit wiederkehrenden Bezügen	
A. Wiederkehrende Bezüge im Zivilrecht	230
I. Überblick	230
1. Kaufpreistraten	230
2. Leibrente	231
3. Dauernde Last	231
4. Sonstige wiederkehrende Zahlungen	232
II. Sicherungsrealast	233
III. Wertsicherung	233
1. Sachenrecht	233
2. Preisrecht	233
IV. Zwangsvollstreckung	234
1. Vollstreckung in das Grundstück	234
2. Vollstreckung aus dem schuldrechtlichen Leibrentenrecht gem. § 759 BGB	234
3. Persönliche Haftung gem. § 1108 BGB	235
V. Pflichtteilskürzung und Pflichtteilsergänzung	235
B. Einkommensteuer	235
I. Übertragung gesetzlich begünstigten Vermögens	235
II. Nicht begünstigte Versorgungsvereinbarungen	236
III. Altfälle	237
IV. Mischvermögen	238
V. Gestaltungsempfehlungen	238
1. (Teil-)entgeltliche Veräußerungsrenten	238
2. Kaufvertrag mit Stundung (Kreditmodell)	239
3. Mischfälle	239
4. Nießbrauch: Das Amann-Modell	239
C. Schenkung- und Grunderwerbsteuer	241
I. Schenkungsteuer	241
II. Grunderwerbsteuer: § 3 Nr. 2 GrEStG	242
§ 7 Sukzessiverwerb und Kettenschenkung	
A. Mittelbare Grundstücksschenkung	244
I. Zuwendungsgegenstand	245
1. Geldhingabe zum Grundstückserwerb	245
2. Grundstücksübertragung nach Gebäudeerrichtung durch Beschenkten	245
3. Geldhingabe zur Errichtung eines Gebäudes	245
4. Geldzuwendung zur Reparatur und Renovierung von Gebäuden	246
5. Familienheim	246
II. Schenkungsteuer	246
1. Schenkungsabrede (Zusage)	246
2. Geldhingabe (Zahlung)	246
3. Ausführung	247
III. Einkommensteuer	247
IV. Formulierungsvorschlag: Mittelbare Grundstücksschenkung	248
B. Schenkung unter Auflage/mit Weiterschenkungsklausel	248
I. Pflichtteilstete Weiterleitung	249
II. Schenkungsteuer	249
C. Kettenschenkung	250

I. Überblick	250
II. Beispielfälle	251
1. Schenkung und Weiterschenkung in einer Urkunde	251
2. Vorwegerbfolge mit Weiterübertragung auf Ehegatten/Enkel	251
3. Zeitlicher Zusammenhang: Übertragung auf anderen Elternteil	252
4. Zusammenfassung	253
III. Gestaltung	254
1. Inhaltliche Gestaltung	254
2. Zeitliche Abfolge	254
IV. Zeitlicher Zusammenhang: ESt	254
V. Entgeltlicher Zwischenerwerb	255
VI. Schenkung vor geplantem Verkauf an Dritte	255
1. (Teil)Schenkungen	255
2. Vermeidung steuerpflichtiger Veräußerungsgeschäfte	255
a) Private Veräußerungsgeschäfte	255
b) Gewerblicher Grundstückshandel	256

§ 8 Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Todesfall

A. Schenkungsversprechen von Todes wegen gem. § 2301 BGB	257
I. Rechtsfolgen	258
II. Leistungsbewirkung zu Lebzeiten	258
1. Leistungsvollzug	258
2. Anwartschaftsrecht	259
3. Vormerkung im Grundbuch?	259
B. Überlassungsvertrag mit aufgeschobener Erfüllung	259
I. Anwendungsbereich	259
II. Schenkungsteuer	260
III. Sonderbetriebsvermögen	260
IV. Urkundengestaltung	261
1. Angebot auf Abschluss eines Überlassungsvertrages	261
2. Anmerkungen zur Vertragsgestaltung	262
a) Auflassungsvollmacht	262
b) Auflassungsvormerkung	262
C. Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall	262
I. Übersicht	263
1. Rechtsgrundlage	263
2. Erbschaftsteuer	264
II. Bankvollmacht über den Tod hinaus	264
1. Abtretungsvertrag	264
2. Widerrufsrecht der Erben	264
III. Leistungserbringung auf den Todesfall	265
1. Deckungs- oder Grundverhältnis	265
2. Zuwendungs- oder Valutaverhältnis	265
3. Sparbuch auf den Namen der Abkömmlinge	266
IV. Lebensversicherungsverträge	267
1. Bezugsberechtigung	267
2. Pflichtteilergänzung	267
3. Erbschaft- und Schenkungsteuer	268
a) Bewertung	268
b) Verbundene Lebensversicherungen bei Ehegatten	268
c) Prämien-schenkung	268
4. Einkommensteuer	269
a) Sonderausgaben	269
b) Auszahlung	269
c) Außergewöhnliche Belastungen	269

Inhaltsverzeichnis

§ 9 Erbrechtliche Rechtsgeschäfte und Verfügungen

A. Der entgeltliche Erbvertrag	270
I. Definition	270
II. Erbschaftsteuer	271
III. Erbvertragswidrige Rechtsgeschäfte	271
B. Erbschaftsvertrag	272
I. Gesetzliche Regelung	272
II. Erbschaftsteuer	273
III. Vertragsgestaltung: Erbschaftsvertrag	273
C. Erb-, Pflichtteils- und Zuwendungsverzicht gegen Entgelt	274
I. Gestaltungsvarianten	275
1. Erbverzicht	275
2. Pflichtteilsverzicht	275
3. Zuwendungsverzicht	275
II. Erbverzicht	276
III. Pflichtteilsverzicht	276
IV. Sittenwidrigkeit/Inhaltskontrolle von Erb- und Pflichtteilsverzichteten	276
V. Erbschaftsteuer	277
VI. Einkommensteuer	278
D. Versorgungsleistungen aufgrund letztwilliger Verfügungen	279
I. Leibrentenvermächtnis	279
II. Nießbrauchsvermächtnis	279
1. Vermächtnisnießbrauch	279
2. Ertragsnießbrauchvermächtnis	280
III. Abgeltung von Pflichtteilsansprüchen	280
IV. Erbausschlagung unter Vorbehalt von Versorgungsleistungen	280
V. Schenkungsversprechen von Todes wegen	281
§ 10 Entgeltliche und teilentgeltliche Rechtsgeschäfte	
A. Vollentgeltliche Rechtsgeschäfte	283
I. Überblick	283
1. Vermutung der Unentgeltlichkeit	283
2. Kaufvertrag mit späterer Schenkung des Kaufpreises	284
3. Angehörigenverträge	285
4. Private Veräußerungsgeschäfte	285
5. Entgeltlichkeit aufgrund IV. Rentenerlass, BStBl. I 2010, 227	286
II. Kaufvertragsgestaltung	287
III. Steuerliche Anerkennung von Dienstbarkeitsvereinbarungen und Darlehensverträgen	288
1. Dienstbarkeiten	288
2. Darlehen	288
IV. Veräußerungsrente	290
1. Formulierungsbeispiel: Barkaufpreis mit Verrentung des Restkaufpreises	290
2. Anmerkungen zum Kaufvertrag	293
a) Verrentung des Kaufpreises	293
b) Wertsicherungsklausel	293
c) Anspruchsgrundlagen der Reallast	293
d) Verfallklausel	294
e) Wohnungsrecht	294
f) Einkommensteuer	294
V. Zeitrente	295
1. Anschaffungskosten und Veräußerungspreis	295
2. Zinsanteil	296
VI. Dauernde Last	296
B. Teilentgeltliche Rechtsgeschäfte	296
I. Gestaltungsalternativen	297

Inhaltsverzeichnis

1. Überlassung eines Zweifamilienhauses	297
2. Aufteilung in zwei Eigentumswohnungen; Abschluss eines Kaufvertrags und eines Überlassungsvertrags	298
a) Frühere Rechtslage	298
b) Änderung der Rechtsprechung	298
c) Gebäudeherstellung	298
3. Überlassungsvertrag und Erbvertrag	299
4. Kaufvertrag über einen Hälfemiteigentumsanteil mit Benutzungsregelung gem. § 1010 BGB	299
5. Werbungskostenabzug	299
II. Wohnungseigentümergeinschaft	300
1. Aufteilung	300
a) Aufteilung gem. § 8 WEG	300
b) Aufteilung gem. § 3 WEG	300
2. Formulierungsbeispiel: Begründung von Wohnungs- und Teileigentum gem. § 8 WEG an einem Doppelhaus	300
3. Hinweis	303
III. Teilentgeltliche Übertragungen bei Zeitrenten	303
1. Bisherige Rechtsprechung	303
2. Einkommensteuerliche Beurteilung durch die Finanzverwaltung im IV. Rentenerlass, BStBl. I 2010, 227	304
C. Vom Stuttgarter zum Münchner Modell: Überlassung einer vom Übergeber selbst genutzten Wohnung mit Mietvertrag und Leibrente	304
I. Geschichte des Stuttgarter Modells	305
1. Entstehung	305
2. Entscheidung des IX. Senats, BStBl. II 2004, 643	306
3. Jahressteuergesetz 2008 und Münchner Modell	307
II. Entgeltliche Vermögensübertragung gegen wiederkehrende Leistungen gem. IV. Rentenerlass, BStBl. I 2010, 227	307
1. Übertragung von Betriebsvermögen	307
2. Übertragung von Privatvermögen	308
a) Behandlung beim Verpflichteten	308
b) Behandlung beim Berechtigten	308
3. Übertragung gegen Zeitrente	309
III. Veräußerungsrente (dauernde Last) und Mietvertrag	309
1. Beratungssituation	309
2. Formulierungsbeispiel: (Teil-)Entgeltliche Übertragung mit dauernder Last und Mietvertrag	309
3. Erläuterungen	311
a) (Teil-)Entgeltliche Übertragungen	311
b) Dauernde Last	312
c) Wiederkaufsrecht	312
d) Mietverträge zwischen Angehörigen	312

Zweiter Teil. Vermögensverwaltende Personengesellschaften

§ 11 Gesellschaft bürgerlichen Rechts

A. Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG)	317
B. Von der Bruchteilsgemeinschaft zur GbR	319
I. Rechtsgrundlagen	319
1. Notarielle Praxis	319
2. Vorweggenommene Erbfolge	321
a) Gestaltungsprobleme	321
b) Realteilungsvereinbarung	322
II. Rechtsformwahl	322
B. Struktur der GbR	323

Inhaltsverzeichnis

I. Anwendungsbereich	323
II. Gemeinsamer Zweck gem. § 705 BGB	324
III. Abschluss des Gesellschaftsvertrags	324
1. Notarielle Beurkundung	324
2. Vertragsgestaltung	325
IV. Rechts- und Parteifähigkeit	325
1. Rechtsprechungsänderung des BGH – alte Rechtslage	326
2. Rechtslage nach dem MoPeG	326
3. Die Erbengemeinschaft als Gesellschafter einer Personengesellschaft?	327
V. Vertretungsregelung	327
1. Grundsatz der Selbstorganschaft	327
2. Faktische Vertretungsbeschränkung	328
3. Vollmachtserteilung	328
4. Würdigung	329
VI. Haftung	330
VII. Anwachsung	333
VIII. Abfindungsguthaben	333
1. Gesellschaftsvertragliche Reduzierung	334
2. Gesellschaftsvertraglicher Ausschluss einer Abfindung im Todesfall	334
3. Erbschaftsteuer	336
IX. Nachfolgeregelung	336
1. Gesetzliche Regelung	336
2. Gesellschaftsvertragliche Nachfolge	336
3. Erbrechtliche Regelung	337
a) Nachfolgeklausel	337
b) Umwandlungsklausel	337
c) Vermächtnis	337
d) Eintrittsrecht	337
4. Anmeldung des Erbfalls zum Registergericht	337
X. Minderjährige Gesellschafter	338
1. Gesetzliche Vertretungsregelung	338
2. Familiengerichtliche Genehmigung	339
a) Erwerbsgeschäft	339
b) Schuldübernahme	341
c) Anspruch auf Erteilung der familiengerichtlichen Genehmigung	341
d) Genehmigungspraxis	341
e) Wirksamwerden der familiengerichtlichen Genehmigung	342
3. Das Minderjährigenhaftungsbeschränkungsgesetz	342
a) Gesetzgebung	342
b) Außerordentliche Kündigung	343
c) Haftungsverschärfung	343
XI. Rücktritt, Widerruf, außerordentliche Kündigung und Ausschließung	344
1. Gestaltungsmöglichkeiten	344
2. Gesellschaftsrechtliche Regelungen	344
a) Gesetzliche Ausgangslage	344
b) Vertragliche Gestaltungen	344
XII. Nießbrauchsbestellung	345
1. Grundstücksnießbrauch	345
2. Zwischengeschaltete Miteigentümergeinschaft	346
3. Nießbrauch am Gesellschaftsanteil	346
a) Nießbrauch bei Anteilsvereinigung	346
b) Stimmrechtsausübung	347
4. GbR als Nießbrauchsinsinhaber	348
XIII. Die GbR im Grundbuch	348
XIV. Notar- und Grundbuchkosten	349
1. Notarkosten	349
2. Grundbuchkosten	350
XV. Gesellschafterwechsel	350
1. Abtretung eines GbR-Anteils	350

Inhaltsverzeichnis

2. Gesellschafterbeitritt	351
3. Ausscheiden aus der GbR	351
C. Steuerrecht	351
I. Die GbR als Steuersubjekt	351
II. Grunderwerbsteuer	352
1. Grundsatz: Steuerfreie Anteilsübertragung	352
2. Steuerpflichtiger Erwerb	352
3. Nacherhebung gem. § 5 Abs. 3 GrEStG	353
III. Umsatzsteuer	353
1. GbR als Unternehmer	353
2. Geschäftsveräußerung im Ganzen	354
3. Nießbrauchsvorbehalt	354
IV. Schenkungsteuer	354
1. Steuerpflicht	354
2. Umfang der Bereicherung	355
3. Schenkungsteuerlicher Vollzug	355
4. Steuerklasse	355
5. Bewertung	356
V. Einkommensteuer	356
1. Vermögensverwaltende Gesellschaften	356
a) Besteuerungsgrundsätze	356
b) Disquotale Gewinnverteilung?	356
c) Veräußerungsgeschäft gem. § 23 EStG?	357
d) Gewerblicher Grundstückshandel	358
e) Kosten des Gesellschaftsvertrages	358
2. Gewerblich tätige Gesellschaft	359
a) Steuerpflicht	359
b) Gewerbliche Infizierung	359
c) Zebra-Gesellschaften	359
d) Betrieblicher Nießbrauch als steuerliche Gefahrenquelle	360
D. Urkundengestaltung: Vermögensverwaltende GbR	360
I. Urkunde	360
II. Anmerkungen zur Vertragsgestaltung	365
1. Gestaltungsalternativen	365
2. Vorteile des Familienpools	365
3. Grundstücksnießbrauch	365
4. Doppelnießbrauch	366
5. Pflichtteilsanrechnung und Pflichtteilsabgeltung	366
6. Verpflichtung zum Ehevertrag mit beschränktem Pflichtteilsverzicht	366
7. Insolvenz eines Gesellschafters	367
8. Abfindungsregelung	367
9. Beteiligungsquoten	368
10. Vertretungsregelung	368
11. Nachfolgeregelung	368
12. Rücktrittsrecht	368
13. Testamentvollstreckung	368
III. Checkliste	369

§ 12 Vermögensverwaltende Familien-Kommanditgesellschaft

A. Gesellschaftsgründung	372
I. Anwendungsbereich	373
1. Rechtsentwicklung	373
2. Gesetzliche Regelung	373
II. Bilanzierungspflicht	373
1. Grundzüge	373
a) Bilanzierungspflicht der Kaufleute	373
b) Vermögensverwaltende Handelsgesellschaften	374

Inhaltsverzeichnis

2. Haftungsbeschränkung ohne Handelsbilanz?	375
III. Keine IHK-Mitgliedschaft	375
IV. Keine Anwendung der Gewerbeordnung	376
V. Geschäftsführung und Vertretung	376
VI. Versorgung der Übergeber	377
1. Geschäftsführungs- und Haftungsvergütung	377
2. Reziproke Gewinnverteilung	377
3. Versorgungsleistungen	377
4. Nießbrauch am KG-Anteil	378
5. Grundstücksnießbrauch	378
6. Quotennießbrauch?	378
VII. Pflichtteilergänzung	379
1. Vorbehaltsnießbrauch	379
2. Wohnrecht	379
3. Abfindungsausschluss	380
VIII. Stimmrechtsregelung	380
IX. Haftungsbeschränkung vor Eintragung der KG im Handelsregister	380
X. Handelsregistervollmacht	381
XI. Grundbucheintragung	381
1. Kostenerhebung	381
2. Eintragung von Sicherungsrechten?	382
a) Grundbucheintragung?	382
b) Insolvenzsicherung	382
XII. Transparenzregister	382
XIII. Einkommensteuer	383
1. Steuerrechtssubjekt	383
2. Abgrenzung zur gewerblichen Tätigkeit	383
3. Vorbehaltsnießbrauch	383
4. Begrenzter Verlustausgleich gem. § 15a EStG	383
5. Einbringung als Veräußerungsgeschäft?	384
a) Entgeltliche Einbringung	384
b) Unentgeltliche Beteiligung	384
c) Notar- und Beratungskosten	384
XIV. Verkehrssteuern	385
1. Erbschaftsteuer	385
2. Grunderwerbsteuer	385
3. Umsatzsteuer	386
XV. Gesellschaftsvertrag	386
1. Urkundengestaltung	387
2. Anmerkungen zum Gesellschaftsvertrag	394
a) Gründungsvarianten	394
b) Grundpfandrechte	394
c) Ehegattenzwischenerwerb	394
d) Nießbrauchvarianten	394
e) Mediationsabrede	395
f) Liquidation	395
B. Abtretung eines Kommanditanteils	395
I. Übertragungsvarianten	396
II. Beteiligung Minderjähriger	396
1. Vermögensverwaltende Gesellschaft als Erwerbsgeschäft?	397
a) Widersprüchliche Rechtsprechung	397
b) Treuepflichten als rechtlicher Nachteil?	398
2. Derivativer Erwerb	398
a) Lediglich rechtlicher Vorteil?	398
b) Haftung gem. § 176 Abs. 2 HGB	399
3. Sonstige Verpflichtungen	399
a) Verpflichtung zum Abschluss eines Ehevertrags	399
b) Pflichtteilsanrechnung	400

Inhaltsverzeichnis

c) Rückübertragungsverpflichtung	400
III. Urkundengestaltung: Übertragung eines Kommanditanteils	401
1. Bestellung von Ergänzungspflegern	402
2. Wirtschaftliche Ausgliederung	403
3. Nießbrauch am KG-Anteil	403
a) Zulässigkeit	403
b) Handelsregistereintragung	403
4. Einkommensteuer	403
a) Private Veräußerungsgeschäfte	403
b) Verwendung der Gewinnanteile der Kinder zu deren Unterhalt	403
5. Vorbehaltsnießbrauch	404
a) Einkünfteerzielung	404
b) Stimmrechtsausübung	404
6. Freies Widerrufsrecht	404
IV. Registeranmeldung	404
1. Formulierung	405
2. Anmerkung zur Registeranmeldung	405
a) Vollmacht	405
b) Sonderrechtsnachfolge	405
c) Haftung	405
C. Gestaltungsempfehlung	405
§ 13 Vermögensverwaltende GmbH & Co. KG	
A. Überblick	408
I. Familienpool	408
II. Publizitätspflicht	409
III. Transparenzregister	409
B. Gewerblich geprägte GmbH & Co. KG	409
I. Anwendungsbereich	410
1. Gewerbliche Prägung	410
2. Fremddorganschaft	410
3. Einbringung als tauschähnlicher Umsatz	410
4. Erweiterte Gewerbesteuerkürzung	411
5. Grunderwerbsteuerfreie Anteilsübertragung	411
II. Gestaltungsvarianten	411
1. Personengleiche GmbH & Co. KG	411
2. Einheits-GmbH & Co. KG	412
3. Gepräge-Rechtsprechung des BFH	412
4. Siegeszug der Einheits-GmbH & Co. KG	413
III. Stufengründung	414
1. Bisherige Notariatspraxis	414
2. Erreichung eines Step-up mittels Stufenplan	414
3. Kapitalkontenbuchung	414
IV. Beendigung der gewerblichen Prägung	415
C. Privatvermögen verwaltende GmbH & Co. KG	415
I. Rechtsnatur	415
II. Anwendungsbereich	415
III. Steuerrecht	416
1. Komplementär-GmbH	416
2. Kommanditgesellschaft	416
a) Einkommensteuer	416
b) Gewerbesteuer	416
c) Grunderwerbsteuer	416
IV. Urkundengestaltung: Errichtung einer Privatvermögen verwaltenden GmbH & Co. KG	417
1. Errichtung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung	417

Inhaltsverzeichnis

2. GmbH-Geschäftsanteilsabtretung	419
3. Privatvermögen verwaltende GmbH & Co. KG	420
D. Übertragung von Gesellschaftsanteilen	425
I. Zivilrecht	425
1. Beteiligungserwerb	425
2. Haftungsfragen	425
a) Originärer Erwerb	425
b) Derivativer Erwerb	425
c) Keine Anwendung des § 176 Abs. 2 HGB bei GmbH & Co. KG	426
3. IHK-Kammerzugehörigkeit	426
4. Publizitätspflicht	426
II. Einkommensteuer	426
1. Sonderausgabenabzug	426
2. Nießbrauch	427
a) Nießbrauch mit Stimmrechtsvollmacht für Übergeber	427
b) Ertragsbeteiligung	428
c) Stimmrechte	428
III. Vertragsgestaltung	428
IV. Anmerkungen	430
1. Vorbehaltsnießbrauch	430
2. AfA-Auswirkung auf die Entnahmeberechtigung	430
a) Zweck der AfA	430
b) Vorbehaltsnießbrauch bei privaten Immobilien	431
c) Vermögensverwaltende Grundstücksgesellschaften	432
d) Gewerblich tätige Grundstücksgesellschaften	432
e) GmbH & Co. KG mit steuerlichem Privatvermögen	434
3. Versorgungsrente	434
4. Grunderwerbsteuer	434
§ 14 Sparschwein-GmbH	
A. Zivilrecht	437
I. Anwendungsbereich	437
1. Thesaurierung	437
2. Vorteilsabwägung	437
3. Fiktive Veräußerung bei nicht qualifizierten GmbH-Anteilen	438
II. Satzungsgestaltung	438
1. Vinkulierung	439
2. Übergang im Todesfall	439
3. Gesellschaftsrechtliches Sonderrecht auf alleinige Geschäftsführung und Einzelvertretungsbefugnis	439
4. Abfindungsreduzierung	440
5. Widerrufliche Anteilsgewährung	440
B. Die Grundstücks-GmbH	440
I. Errichtung	440
II. Besteuerung	441
1. Ertragsteuern	441
2. Gewerbesteuer	441
3. Grunderwerbsteuer	442
a) Formwechsel	442
b) Anteilsvereinigung gem. § 1 Abs. 3 GrEStG	442
4. Zusammenfassung: Vorzüge der Immobilienkapitalgesellschaft	443
5. Holding-Konzeptionen	443
C. Wertpapierverwaltungs-GmbH mit Thesaurierung	444
I. Thesaurierung	444
II. Umschichtung	445
D. Satzung einer Sparschwein-GmbH	445

E. GmbH-Anteilsabtretung	447
I. Zivilrecht	448
II. GmbH-Anteilsübertragung auf Angehörige	449
1. Übertragung gegen Versorgungsrente	449
a) Einkommensteuer	449
b) Schenkungsteuer	451
c) Grunderwerbsteuer	451
2. Übertragung gegen Zeitrente	452
a) Einkommensteuer	452
b) Schenkung- und Grunderwerbsteuer	453
3. Nießbrauch an Kapitalgesellschaftsanteilen	453
a) Stimmrecht	453
b) Einkommensteuer	453
c) Schenkungsteuer	454
III. Formulierungsvorschlag: GmbH-Geschäftsanteilsabtretung mit Vorbehaltsnieß- brauch	455
1. Vertragsmuster	455
2. Anmerkungen	458
a) Nießbrauch am Surrogat	458
b) Stimmrecht	458

Dritter Teil. Sonstiger unentgeltlicher Erwerb

§ 15 Erbaueinandersetzung

A. Formen der Erbaueinandersetzung	460
I. Erbaueinandersetzungsvertrag	461
II. Auseinandersetzung durch den Testamentsvollstrecker	462
III. Vermittlung der Auseinandersetzung durch den Notar	462
IV. Erbteilsübertragung	463
V. Austritt eines Miterben (Abschichtung)	463
VI. Teilaueinandersetzung	464
VII. Veräußerung des Nachlasses	464
VIII. Erfüllung von Vermächtnissen, Vorausvermächtnissen und Teilungsanordnungen	465
1. Schuldrechtliche Ansprüche	465
2. Minderjährige Erben/Vermächtnisnehmer	465
3. Früchte und Nutzungen	466
IX. Auseinandersetzungsklage	466
X. Teilungsversteigerung	467
XI. Erbvergleich	467
XII. Einkommensteuer bei einem Mischnachlass	468
1. Vermächtnisse	468
2. Teilung ohne Abfindungszahlungen	469
a) Betriebsfortführung	469
b) Betriebsaufgabe	470
c) Nebenkosten	470
3. Teilung mit Abfindungszahlung	470
a) Betriebsfortführung durch einen Miterben	470
b) Rückwirkende Erbaueinandersetzung	471
c) Betriebsfortführung zur Vermeidung einer Abfindungszahlung	471
4. Sonstiges Ausscheiden aus der Erbengemeinschaft	472
a) Verwaltungsauffassung	472
b) Kritik	472
5. Erbteilsverkauf und Nachlassveräußerung	473
6. Abfindung von Pflichtteilsberechtigten	473
7. Teilerbaueinandersetzung	473
a) Anschaffungskosten	474
b) Zivilrechtliche Gefahren	474
XIII. Erbschaftsteuer	475

Inhaltsverzeichnis

1. Vermächtniserfüllung, Pflichtteilsanspruch	475
2. Teilungsanordnung	475
a) Auseinandersetzung ohne Abfindungszahlung	476
b) Auseinandersetzung mit Abfindungszahlung	476
3. Nachlassteilung ohne Teilungsanordnung; Ausgleichung	477
4. Qualifizierte Nachfolgeklausel im Personengesellschaftsrecht	477
5. Erbvergleich	477
XIV. Grunderwerbsteuer	477
1. Besteuerungsgrundsätze	478
2. Kaufrechtsvermächtnisse	478
XV. Umsatzsteuer	478
B. Urkundengestaltung	479
I. Erbauseinandersetzungs- und Überlassungsvertrag	479
II. Anmerkungen zum Auseinandersetzungsvertrag	480
1. Rechtsnatur	480
2. Gestaltungsfreiheit	480
3. Gewährleistungsausschluss	480
4. Gegenseitiger Verzicht	480
C. Veräußerung des Nachlasses	481
I. Gesetzliche Regelung	481
II. Einkommensteuer	481
1. Privatvermögen	481
2. Betriebsvermögen	481
D. Ausscheiden aus der Miterbengemeinschaft	481
I. Veräußerung eines Erbteils	482
1. Gesetzliche Regelung	482
a) Formvorschriften	482
b) Genehmigungen	482
c) Haftung	482
d) Grundbuchvollzug	482
e) Vorkaufsrecht	482
2. Urkundengestaltung: Erbteilsveräußerung und -übertragung	483
3. Einkommensteuer	485
a) Privatvermögen	485
b) Betriebsvermögen	486
4. Grunderwerbsteuer	487
5. Umsatzsteuer	487
6. Erbschaftsteuer	487
II. Ausscheiden eines Miterben	488
1. Zivilrecht	488
2. Einkommensteuer	488
III. Erbausschlagung	488
1. Gesetzliche Regelung	488
2. Einkommensteuer	489
3. Erbschaftsteuer	490
§ 16 Erwerb vom Ehegatten	
A. Überblick	492
I. Rechtsgründe	492
II. Auslandsberührung	492
B. Vermögensübergang aufgrund Eherechts	492
I. Auswahl des Güterstandes	493
1. Gesetzlicher Güterstand	493
2. Gütertrennung	493
3. Gütergemeinschaft	493
4. Wahl-Zugewinnngemeinschaft	494

Inhaltsverzeichnis

5. Modifizierte Zugewinnngemeinschaft	494
II. Gütertrennung	495
III. Zugewinnngemeinschaft	495
1. Rechtsfolgen der Zugewinnngemeinschaft	496
2. Zugewinnausgleich durch Güterstandswechsel	497
a) Zivilrechtliche Zulässigkeit	497
b) Schenkungsteuerliches Freibetragspotenzial	498
c) Einkommensteuer	499
IV. Gütergemeinschaft	499
1. Anwendungsbereich	499
a) Gesetzliche Regelung	499
b) Pflichtteilsminderung	500
c) Schenkungsteuer	500
d) Einkommensteuer	500
2. Beendigung der Gütergemeinschaft	501
a) Gesetzliche Regelung	501
b) Schenkungsteuer	501
c) Einkommensteuer	501
V. Abfindungsvereinbarungen	501
C. Übertragungen außerhalb des Güterrechts	502
I. Überblick	503
II. Ehebedingte Zuwendung	503
1. Abgrenzung	503
2. Zugewinnausgleich	503
3. Kritik	504
4. Pflichtteilergänzung	504
5. Gläubigeranfechtung	504
6. Schenkungsteuer	505
a) Familienheim	505
b) Voraussetzungen	505
III. Ehegattenschenkungen	506
1. Gesetzliche Regelung	506
2. Scheidungsklausel	506
3. Formulierungsvorschlag: Ehegattenschenkung	507
4. Rückforderungsrecht	508
5. Pfändbarkeit des Rückübertragungsanspruchs	508
IV. Haftungsbegrenzende Gestaltungen	509
V. Oder-Konten	509
D. Leistungen zugunsten von Lebensgefährten	510
I. Zivilrechtlicher Ausgleich	510
1. Ausgleichsansprüche	510
2. Vertragliche Regelung	511
II. Schenkungsteuer	511
§ 17 Die Europäischen Güterrechtsverordnungen (EuGüVO und EuPartVO)	
A. Vorbemerkungen	515
I. Mitglieds- und Drittstaaten	515
II. Zeitlicher Anwendungsbereich	516
III. Verhältnis zu früheren Abkommen und Staatsverträgen	516
B. Auslegung, sachlicher Anwendungsbereich, Vorfragen	516
I. Auslegung	516
II. Anwendungsbereich, Abgrenzung zu anderen Statuten	517
1. Begriff und Reichweite des Güterrechts, Art. 3 Abs. 1 Buchst. a und Art. 27 EuGüVO	517
2. Abgrenzung zum Allgemeinen Ehwirkungsstatut	517
3. Unterhaltspflichten	518
4. Schenkungen und ehebedingte Zuwendungen unter Ehegatten	518

Inhaltsverzeichnis

5. Abgrenzung zum Gesellschaftsrecht	518
6. Abgrenzung zum Sachenrecht, Art. 1 Abs. 2 Buchst. g und Buchst. h EuGüVO	518
7. Abgrenzung zum Erbrecht, Art. 1 Abs. 2 Buchst. d EuGüVO	519
III. Vorfragen	520
C. Regelanknüpfung des Güterrechtsstatuts, Art. 26 EuGüVO	520
I. Erster gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt nach Eheschließung	520
1. Allgemeines	520
2. Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts	520
3. Einzelfälle	520
4. Gemeinschaftlichkeit des gewöhnlichen Aufenthalts	521
5. Maßgeblicher Zeitpunkt	521
II. Ausweichklausel, Art. 26 Abs. 3 EuGüVO	521
III. Recht der gemeinsamen Staatsangehörigkeit	522
1. Ermittlung der Staatsangehörigkeit	522
2. Mehrstaater	522
IV. Engste Verbindung	522
V. Unwandelbarkeit des Güterrechtsstatuts	522
VI. Universelle und einheitliche Anwendung	523
VII. Keine Rück- und Weiterverweisung, Art. 32 EuGüVO	523
VIII. Mehrrechtsstaaten, Art. 33, 34 EuGüVO	523
IX. Eingriffsnormen, Art. 30 EuGüVO	523
X. Ordre public, Art. 31 EuGüVO	524
D. Rechtswahlmöglichkeiten, Art. 22–24 EuGüVO	524
I. Allgemeines	524
1. Bisherige Rechtslage	524
2. Zeitpunkt der Rechtswahl	524
II. Wählbare Rechte nach Art. 22 Abs. 1 EuGüVO	524
1. Güterrecht am gewöhnlichen Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Rechtswahl (Art. 22 Abs. 1 Buchst. a EuGüVO)	524
2. Güterrecht eines Staates, dessen Staatsangehörigkeit einer der (künftigen) Ehegatten zum Zeitpunkt der Rechtswahl hat (Art. 22 Abs. 1 Buchst. b EuGüVO)	525
a) Ermittlung der Staatsangehörigkeit	525
b) Mehrstaater	525
III. Form der Rechtswahl, Art. 23 EuGüVO	525
1. Grundsatz: Art. 23 Abs. 1 EuGüVO	525
2. Ausnahmen, Einzelfälle	525
a) Zusätzliche Formvorschriften im Mitgliedstaat des gemeinsamen gewöhn- lichen Aufenthalts, Art. 23 Abs. 2 EuGüVO	526
b) Gewöhnlicher Aufenthalt der Ehegatten in verschiedenen Mitgliedstaaten, Art. 23 Abs. 3 EuGüVO	526
c) Gewöhnlicher Aufenthalt nur eines Ehegatten in einem Mitgliedstaat, Art. 23 Abs. 4 EuGüVO	526
d) Gewöhnlicher Aufenthalt beider Ehegatten in einem Drittstaat	526
3. Kein Rückgriff auf die Ortsform, das Recht der Staatsangehörigkeit oder das gewählte Recht	526
IV. Inhalt und materielle Wirksamkeit der Rechtswahl, Art. 24 EuGüVO	527
1. Ausdrückliche oder konkludente Rechtswahlerklärung	527
2. Materielle Wirksamkeit der Rechtswahlerklärung, Art. 24 Abs. 1 EuGüVO ...	527
a) Vorwirkung des gewählten Rechts	527
b) Ausnahmeregelung des Art. 24 Abs. 2 EuGüVO	527
c) Bedingte oder befristete Rechtswahl	528
V. Wirkungen der Rechtswahl, Zeitpunkt	528
1. Zeitpunkt der Wirksamkeit, Rückwirkung, Art. 22 Abs. 2 und Abs. 3 EuGüVO	528
2. Aufgrund der Rechtswahl eintretender Güterstandswechsel	528
a) Bloßer Wechsel des Güterrechtsstatuts	528

Inhaltsverzeichnis

b) Zusätzlicher Güterstandswechsel innerhalb des gewählten Rechts	529
c) Abwicklung des bisherigen Güterstandes	529
VI. Aufhebung und Änderung der Rechtswahl	529
1. Aufhebung der Rechtswahl	529
2. Änderung der Rechtswahl	529
VII. Rechtswahl nach dem IPR eines Drittstaates	530
E. Besonderheiten für Eheverträge, Vereinbarungen über den ehelichen Güterstand, Art. 25 EuGüVO	530
I. Begriff und Definition des Ehevertrags	530
II. Form des Ehevertrags, Art. 25 EuGüVO	530
1. Grundsatz: Art. 25 Abs. 1 EuGüVO	530
2. Ausnahmen	530
3. Zusätzliche Formvorschriften des anwendbaren Rechts, Art. 25 Abs. 3 EuGüVO	530
4. Kein Rückgriff auf die Ortsform	531
III. Materielle Wirksamkeit des Ehevertrags, Art. 27 Buchst. g EuGüVO	531
IV. Inhalt des Ehevertrags	531
F. Wirkungen gegenüber Dritten, Verkehrsschutz, Art. 28 EuGüVO	531
G. Besonderheiten der EuPartVO	532
I. Anwendungsbereich, Abgrenzung zwischen Ehe und Partnerschaft	532
II. Unterschiede zwischen EuGüVO und EuPartVO	533
§ 18 Die Europäische Erbrechtsverordnung (EuErbVO)	
A. Einleitung	537
B. Vorrangige Abkommen	537
C. Anwendungsbereich, Auslegung, Vorfragen	537
I. Auslegung	538
II. Anwendungsbereich	538
1. Abgrenzung zum Güterrecht	538
2. Unentgeltliche Zuwendungen	538
3. Gesellschaftsrechtliche Nachfolgeklauseln	538
4. Abgrenzung zum Sachenrecht	538
III. Vorfragen	540
IV. Behandlung der von der Verordnung ausgenommenen, erbrechtlichen Bereiche	540
D. Ermittlung des Erbstatuts	540
I. Regelanknüpfung nach Art. 21 EuErbVO	540
1. Allgemeines	540
2. Letzter gewöhnlicher Aufenthalt	541
3. Einzelfälle	541
II. Ausnahme: offensichtlich engere Verbindung	541
III. Rechtswahl nach Art. 22 EuErbVO	542
1. Allgemeines	542
2. Form der Rechtswahl	542
3. Rechtswahlerklärung	542
4. Änderung und Widerruf der Rechtswahl	543
IV. Reichweite des Erbstatuts	543
V. Rück- und Weiterverweisung, Art. 34 EuErbVO	543
VI. Eingriffsnormen, Art. 30 EuErbVO	544
VII. Mehrrechtsstaaten	544
VIII. Ordre public	544
E. Einseitige Testamente	545
I. Form	545
II. Zulässigkeit und materielle Wirksamkeit	545
1. Zulässigkeit	545

Inhaltsverzeichnis

2. Materielle Wirksamkeit	545
III. Änderung, Widerruf	546
IV. Rechtswahlmöglichkeiten im Testament	546
1. Wahl des Errichtungs- und des Erbstatuts nach Art. 24 Abs. 1 iVm Art. 22 EuErbVO	546
2. Isolierte Wahl des Errichtungsstatuts nach Art. 24 Abs. 2 EuErbVO	547
3. Isolierte Wahl des Erbstatuts nach Art. 22 EuErbVO	547
V. Wirkungen im Todesfall	547
F. Erbverträge und gemeinschaftliche Testamente	548
I. Begriff des Erbvertrags, Abgrenzungen	548
1. Definition	548
2. Vereinbarung, Einigung	548
3. Bindung	548
4. Begründung, Änderung oder Entzug von Rechten	549
5. Beteiligung des Erblassers	549
6. Gegenleistung	549
7. Abgrenzungen, Einzelfälle	549
a) Gemeinschaftliche Testamente	549
b) Schenkungen auf den Todesfall	550
c) Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall	550
d) Testierverträge	550
e) Abgrenzung zu güterrechtlichen Vereinbarungen	550
II. Form des Erbvertrags	551
1. Allgemeines	551
2. Zulässigkeit des Erbvertrags als Formfrage	551
III. Die materielle Wirksamkeit des einseitigen Erbvertrags	551
1. Materielle Zulässigkeit	552
2. Materielle Wirksamkeit im Übrigen	552
3. Wirkungen des Erbvertrags zu Lebzeiten	552
a) Bindungswirkung	552
b) Beseitigung der Bindungswirkung	553
IV. Materielle Wirksamkeit des mehrseitigen Erbvertrags	553
1. Abgrenzungsfragen	553
2. Zulässigkeit	554
3. Materielle Wirksamkeit und Bindungswirkung	554
V. Besonderheiten bei Verzichtsverträgen	554
1. Form	554
2. Materielle Wirksamkeit	555
a) Abgrenzung zwischen Art. 25 Abs. 1 und Abs. 2 EuErbVO	555
b) Zulässigkeit eines wechselseitigen Verzichts	555
c) „Testierfähigkeit“ beim Erbverzicht	555
d) Wirkungen im Todesfall	555
VI. Rechtswahlmöglichkeiten im Erbvertrag	555
1. Wahl nach Art. 25 Abs. 1 bzw. Abs. 2 Unterabs. 1 iVm Art. 22 EuErbVO	555
2. Rechtswahl nach Art. 25 Abs. 3 EuErbVO	557
3. Wahl des tatsächlichen Erbstatuts nach Art. 22 EuErbVO	557
VII. Ehe- und Erbverträge und andere mit einem Erbvertrag verbundene Verträge und Vereinbarungen	557
1. Zusammengesetzte Verträge	558
2. Unselbständige Bestandteile des Erbvertrags	558
G. Übergangsregelungen	558
H. Grundzüge des Europäischen Nachlasszeugnisses (ENZ)	559
§ 19 Stiftung als Instrument der Vermögensnachfolge	
A. Einführung in das Stiftungsrecht	563
I. Überblick	563
1. Der Trend zur Stiftung	563

2. Unternehmer als Stifter	564
II. Definition	564
III. Beraterinitiative	564
B. Stiftungstypen	565
I. Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts, §§ 80–88 BGB	565
1. Gesetzliche Regelung	565
2. Satzungsinhalt	566
3. Formfragen	566
4. Anerkennung	566
5. Zulässige Stiftungszwecke	566
6. Stiftungsaufsicht	567
a) Anerkennung gem. § 80 Abs. 2 BGB	567
b) Vertretungsbescheinigung, Stiftungsregister, Namenszusatz	567
c) Rechnungslegung	567
7. Stiftungerrichtung durch Rechtsgeschäft unter Lebenden oder von Todes wegen?	567
8. Die Vorstiftung als Rechtsträger	568
a) Dogmatische Einordnung	568
b) Steuerliche Anerkennung	569
9. Stiftung und Pflichtteilsergänzung	570
10. Nachträgliche Änderung der Stiftungssatzung	571
11. Urkundengestaltung	572
12. Bewertung	576
II. Öffentlich-rechtliche und kirchliche Stiftungen	576
1. Öffentlich-rechtliche Stiftungen	576
2. Stiftungen des öffentlichen Rechts	576
3. Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung	577
a) Formulierungsvorschlag	577
b) Kosten der Stiftungserrichtung	578
4. Kirchliche Stiftungen	579
III. Unselbständige Stiftung	579
1. Treuhandvariante	580
a) Vertragsgestaltung	580
b) Der Trust	580
c) Ausländische Stiftungen	581
2. Schenkung unter Auflage	583
a) Rechtsfolgen	583
b) Urkundengestaltung: Unselbständige Stiftung	583
3. Bewertung	585
IV. Zustiftung	585
1. Definition	585
2. Vergleich: Zustiftung, Spenden und unselbständige Stiftung	586
3. Formulierungsvorschlag für eine Zustiftung	586
4. Zustiftung mit Vorbehaltsnießbrauch	586
a) Zuwendungsbescheinigung	587
b) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	587
c) Ertraglosigkeit der Zustiftung?	587
d) Bewertung	587
5. Urkundengestaltung: Zustiftung	587
V. Stiftungskapitalgesellschaft	588
1. GmbH	589
a) GmbH als Nonprofit-Organisation	589
b) Vorzüge der gemeinnützigen GmbH	589
c) Satzungsgestaltung	590
d) Satzung einer gemeinnützigen Stiftungs-GmbH	591
2. Bewertung	593
3. Die gemeinnützige Unternehmersgesellschaft (haftungsbegrenzt)	593
VI. Besteuerung der Stifterfamilie und sonstiger Begünstigter	593

Inhaltsverzeichnis

1. Einkommensteuer	593
a) Gesetzliche Regelung	593
b) BFH-Rechtsprechung	593
2. Schenkungsteuer	594
C. Familienstiftung	594
I. Abgrenzung zu gemeinnützigen Stiftungen	595
II. Familienstiftung zur Unternehmensnachfolge	595
III. Die „private“ Familienstiftung	596
1. Anerkennungsverfahren	596
2. Rechtsfolgen der Familienstiftung	596
3. Schenkungsteuer	597
a) Stiftungerrichtung	597
b) Zustiftung	597
c) Mittelbare Vermögensmehrung	597
d) Erbersatzsteuer	598
e) Auflösung der Familienstiftung	598
4. Grunderwerbsteuer	598
5. Ertragsteuern	599
6. Besteuerung der begünstigten Familienangehörigen	599
IV. Vertragsgestaltung: Errichtung der Dr. S. Familienstiftung	599
Stichwortverzeichnis	605



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG